

4 Opel am Standort Bochum erhalten – Jetzt einen Pakt des Vertrauens schmieden!

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8925

Nach einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen diskutieren wir jetzt auch:

11 Sicherung des Automobilstandorts Bochum

Antrag
des Abgeordneten
Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/8869

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute um 11 Uhr las ich bei „ddp“ folgende Meldung: „Rüttgers fordert Industriepolitik zur Bekämpfung der Krise.“ Zitat: „Wir brauchen industrielle Produktion in Verbindung mit Wissensgesellschaft und Innovation. Von Finanzprodukten können 80 Millionen Deutsche nicht leben.“ - Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat recht.

(Beifall von der SPD)

Es ist schade, dass er an der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt aufgrund anderweitiger Terminverpflichtungen nicht teilnehmen kann, denn wir haben genau aus diesem Grund den Eilantrag „Opel am Standort Bochum erhalten“ gestellt. Auch dort geht es darum, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten zu organisieren, zu verzahnen und zu verstärken, damit die Produktion des Zukunftsautos Ampera nach Bochum kommt, wo sie hingehört, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Damit das geschehen kann, brauchen wir eine klare politische Linie des Landes in der Problemsituation Opel. Diese ist überhaupt nicht zu erkennen.

(Beifall von der SPD)

Ich habe einmal die Zitate, die wir seit vielen Monaten von der Landesregierung geliefert bekommen, aufgelistet. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin als Erstes die „Westdeutsche Zeitung“ vom 15. November. Ministerpräsident Rüttgers: „Opel darf nicht sterben. Die Länder werden dem Unternehmen mit Bürgschaften helfen.“

Dann kam zur Jahreswende die von ihm angestoßene Debatte zu direkten Beteiligungen des Staates an Unternehmen. Am 12. Januar war in der „WAZ“ zu lesen - Zitat Rüttgers -: „Es kann sein, dass gesunde Unternehmen, die eine besondere Bedeutung auch für andere Unternehmen haben, mit einer vorübergehenden Staatsbeteiligung gerettet werden müssen.“

Gleichzeitig stand in der „WAZ“: „Für Notfälle sind direkte Beteiligungen des Staates an kriegengeschüttelten Betrieben nicht ausgeschlossen.“ - Das hat er am gleichen Tag auch in der „Financial Times Deutschland“ mitgeteilt.

Dann folgte seine USA-Reise. Als er zurückkam, las ich etwas erstaunt in der „Zeit“ vom 26. Februar - ich zitiere -: „Eine Staatsbeteiligung bei Opel wäre im Übrigen völlig falsch, es kann allenfalls um Bürgschaften gehen.“

Am 2. März folgt Herr Laumann in der „Welt“ - Zitat -: „Eine Staatsbeteiligung darf kein Tabu sein.“

Am 4. März, zwei Tage später, Frau Ministerin Thoben im Wirtschaftsausschuss: Das Land kann und wird nicht in eine Beteiligung einsteigen. - In diesem Zusammenhang hat sie sogar von Schwachsinn gesprochen; das Wort hat sie dort benutzt.

Zeitgleich, am 4. März, in der „Rheinischen Post“: Bundeskanzlerin Merkel erklärt, Opel sei kein systemrelevantes Unternehmen.

Herr Minister Schäuble regt am 7. März in der „NRZ“ an, eine Insolvenz - Zitat - ernsthaft in Betracht zu ziehen.

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!**

Dann lese ich voller Erstaunen in einer „dpa“-Meldung vom 17. März über ein Interview unseres Ministerpräsidenten bei RTL zum Thema Bürgschaften Folgendes: Der Staat müsse dann nicht Miteigentümer von Opel werden. Das sei eine Lösung - Zitat -, die wir alle von Anfang an hier angestrebt haben.

Meine Damen und Herren, das ist das Gegenteil einer klaren Linie. Das ist ein Wackelkurs zum Schaden dieses Landes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In dieser problematischen Situation, in der es um den Erhalt der industriellen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen geht, leisten sich die CDU und CSU eine ordnungspolitische Grundsatzdebatte vom Allerfeinsten, statt den Menschen zu helfen, um die es dabei geht. Das ist der Vorwurf, den man hier auf den Punkt bringen muss.

(Beifall von der SPD)

Keine klaren Signale, kein gemeinsames Kämpfen für Opel – nein, da wird eine ordnungspolitische Grundsatzdebatte geführt, statt einen Pakt des Vertrauens zu schmieden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bereit, ihren Beitrag zu leisten – ich war letzte Woche noch dort –, das Management ist dazu bereit, ebenso die Betriebsräte, die Gewerkschaften, die Zulieferbetriebe sowie die Händler und Werkstätten, die uns heute noch angeschrieben haben.

Wir reden heute darüber, dass es darum gehen muss, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Und da muss die Politik aktiv werden, da muss die Richtung vorgegeben werden, da muss klar gesagt werden, was geht und was nicht geht. Am Ende geht es auch darum, und das ist mein wesentlicher Punkt: All die ordnungspolitischen Grundsatzdebatten führen uns nicht weiter. Ich bin Volkswirtin und kann rechnen. Wenn 130.000 Menschen in Deutschland – an dieser Zahl zweifelt wohl niemand in diesem Raum – bei einer Insolvenz von Opel ihren Arbeitsplatz verlieren, dann würde das bedeuten, dass Kosten – Arbeitslosengeld und Einnahmeausfälle im Sozialversicherungsbereich eingerechnet – in Höhe von rund 2,2 Milliarden € entstehen würden.

Deshalb sage ich: Lassen Sie uns gemeinsam lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren! Das ist der Weg, den die SPD gehen will.

(Beifall von der SPD)

Das Schlimme an all den Debatten und dem Hin und Her, was wir da auch in der Presse lesen – heute etwa: GM vor kontrollierter Blitzinsolvenz –, ist: Man muss sich in die Lage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Familien versetzen, auch der Kinder, die da in den Schulen angesprochen werden: Wie geht es weiter bei deinem Vater? Geht er überhaupt noch arbeiten? Könnt ihr euch in Zukunft eure Wohnung noch leisten? – Das sind die Fragen, die da gestellt werden.

Ich kann mich nur dem anschließen, was Ex-Bundeskanzler Schröder heute dazu gesagt hat. Er sagt, entscheidend sei, was die Opel-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter zurzeit in der Zeitung lesen. Ich zitiere:

Die Banken bekommen 500 Milliarden als Garantie. Das Konjunkturprogramm macht 50 Milliarden aus, der Deutschlandfonds für die Wirtschaft 100 Milliarden, die Garantien für die Hypo-Real-Estate rund 100 Milliarden. Und da soll der Arbeiter in Rüsselsheim oder Bo-

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

chum kapieren, dass Geld für die Rettung seines Arbeitsplatzes nicht da ist. Begreife ich auch nicht!

Das sagte Schröder laut der „ZEIT“. Ich finde, das kann man nur unterstreichen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von der Regierung und von den regierungstragenden Fraktionen, wir haben diesen Eilantrag gestellt, damit die Gelegenheit besteht, dass Sie sich heute eindeutig zum Standort Bochum und zu Opel positionieren und deutlich sagen können, dass Sie bereit sind, nötigenfalls – als Ultima Ratio – mit in dieses Unternehmen einzusteigen. Das hat Rheinland-Pfalz gesagt,

(Ministerin Christa Thoben: Stimmt nicht!)

und das werden auch andere sagen. Das ist die Entscheidung, die ansteht. Darum geht es. Und diese Entscheidung muss hier heute fallen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

